

## **40 Jahre (linke?) Universitätsreform – von ihrem (wohlverdienten?) Resultate her gesehen**

40 Jahre Universität Oldenburg sind auch 40 Jahre Universitätsreform. Die Uni Oldenburg galt als ‘Reformuniversität’ – wurde von Freund und Feind gar als ‘*linke* Reformuniversität’ bezeichnet. Was, so die erste Frage, war an dieser Reformuniversität, unangesehen damaliger Fremd- und Eigenbeurteilung (denn beide können sich täuschen) überhaupt ‘links’? Die Vorfragen dazu sind: Was bestimmt eine gewisse Hochschulpolitik zu einer *linken* Hochschulpolitik? Und: Warum wurde damals so begeistert und emphatisch von einer linken Hochschulpolitik oder auch von einer Hochschulpolitik der Linken<sup>1</sup> (was nicht dasselbe sein muß) gesprochen? Diese – wie immer auch – ‘linke’ Hochschulpolitik hatte ein Resultat, welches wir heute, nach 40 Jahren, besichtigen können. Und auch von diesem Resultate her – und nicht lediglich von dem aus, was einer transzendentalen Reflexion als ‘links’ gilt – sollte geurteilt werden. Dieses heutige Urteil über das vorfindliche Resultat ist so gut wie einhellig: *Heute ist die Universität Oldenburg nicht (mehr) als eine (linke) Reformuniversität zu bezeichnen*. Folglich muß in den 40 Jahren seit ihrer Gründung allerlei diesbezüglich Relevantes geschehen sein.

Wenn ich jetzt versuchte, diese 40jährige Uni-Geschichte aus der Perspektive eines Chronisten zu beschreiben, so stünde erstens ein solches Unterfangen mir nicht zu, denn ich war an dieser Geschichte ja nicht unbeteiligt. Zweitens, gewichtiger noch, ist die Suggestion irrig, man könne als zeitgleicher Beobachter die Phänomene einfach abbilden und dann diese Phänomene als solche ein zweites Mal in Echtzeit vor unserem inneren Auge ablaufen lassen. Eine solche vermeintliche Objektivität zu behaupten ist der erste Schritt zum Aufbau einer Geschichtsklitterung. Vielmehr will ich offen eingestehen, daß ich als einer der Leute des Uni-Anfangs auf diese Geschichte und auch auf eigene, damals eingenommene Positionen blicke – vom Resultat dieser Geschichte her. Nicht auszuschließen, daß man durch die Geschichte und ihr Resultat klüger wird, auch und gerade als involvierter Beteiligter. Von heute aus ist es möglich, an den damaligen Positionen vorwärtsweisende Momente – was ‘vorwärts’ hier heißt, dazu später – zu

---

<sup>1</sup> Damals gab es vielfältige, einander zuweilen widersprechende Positionen, die sich unter den nicht einfachen Oberbegriff ‘links’ subsumierten oder solche Subsumtion gar ablehnten.

entdecken, die von der imaginären Position des unbeteiligten Chronisten damals kaum oder gar nicht erkennbar waren. Ob das Resultat wohlverdient ist, wie mein Titel fragt? – Eine böse Frage angesichts des heutigen Zustandes dieser Universität, wo die Universitätsleitung inzwischen dazu übergegangen ist, diejenigen, die sie als im 68er Kontext stehend identifiziert, zu sortieren: in solche, die sich zeitgemäß und zu ihrem Vorteil gewandelt haben und dementsprechend für Universitätsrückblicke imagefördernd ausgestellt werden können, und in solche, denen man das Stigma des Unverbesserlichen, nämlich die Positionen von 68 ernstzunehmen und in *diese Tradition* sich zu stellen, anheftet und deswegen aus der Universität hinausdrängt.

### *Die politischen Bedingungen für die Oldenburger Universitätsgründung*

Die Gründung der Universität Oldenburg fällt in eine Phase der deutschen Universitätsgeschichte, in welcher die bis dato und über ein Jahrhundert fast unverändert herrschende Universitätsstruktur, nämlich die Ordinarienuniversität, in ihren Grundfesten erschüttert und schließlich abgeschafft wurde. Mitte der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts war eine, wie es hieß, ‘Bildungskatastrophe’ konstatiert worden. Die elitäre Ordinarienuniversität hatte klassenspezifisch sortiert. Das Kapital verlangte dagegen die Ausnutzung von in der *gesamten* Bevölkerung brachliegenden Bildungspotentialen. Besorgt um die Konkurrenzfähigkeit der auf avancierte Technologien setzenden Kapitale am Standort Deutschland forderten die Vertreter des Kapitals mehr gut ausgebildete Ingenieure, Chemiker, Physiker usw.: Arbeiterkinder an die Uni – und nicht nur die Kinder aus der Oberschicht. Abhilfe sollte eine Universitätsreform ‘an Haupt und Gliedern’ schaffen – dies war als eine nationale Herausforderung erkannt und formuliert, die dann Anfang der 70er Jahre von den Wissenschaftsministerien in Angriff genommen wurde.

Etwa zeitgleich hatten die Studenten rebelliert, auch gegen den Muff unter den Talaren, in erster Linie freilich gegen den US-Vernichtungskrieg gegen den Vietcong (und gegen die Parteinahme der Bundesregierung für den US-Krieg), gegen die Notstandsgesetze der Großen Koalition, überhaupt gegen die Große Koalition als Abschaffung der Demokratie innerhalb der (parlamentarischen) Demokratie, gegen den Schah und dagegen, daß die deutsche Polizei die für die Demokratie Demonstrierenden nicht gegen eine illegal agierende, gut bewaffnete Prügeltruppe schützte, gegen Verfälschung und Manipulation der veröffentlichten Meinung durch die Springer-Presse, gegen deren Hetze gegen die

außerparlamentarische Opposition, die die Springer-Presse als “kommunistisch unterwandert” perhorreszierte, gegen die Fortsetzung der Karrieren alter Nazis in den Machtpositionen des Staates und auch der Universitäten.

Damit wurde die Ordinarienuniversität von zwei Parteien, die ganz verschiedene Gründe vorbrachten, attackiert. Dem Staat erschien sie schwerfällig, schwer aus eingefahrenen Gleisen zu bringen, unfähig zu einer durchgreifenden, für das Staatsinteresse notwendig gewordenen Universitätsreform. Den revoltierenden Studierenden erschien sie dem von ihnen erneut (und historisch vielleicht letztmalig) beschworenen Anspruch der Klassischen Deutschen Philosophie nicht zu genügen, Vernunft und Freiheit in einer autonomen “Gelehrtenrepublik” und gar über diese hinaus zu verwirklichen. Vielmehr deckten die Studierenden auf, daß in der angeblich den “Lebendigen Geist”<sup>2</sup> repräsentierenden Alma Mater Nazi-Professoren sich eingenistet hatten und ihr Treiben ungehindert über 1945 hinaus fortsetzen konnten. Die hierarchischen und elitären Strukturen innerhalb eines Lehrstuhls hatten mit Fichtes “Gelehrtenrepublik” nicht das Mindeste zu tun. Die Studenten verlangten vom “lebendigen Geist” eine Stellungnahme zu dem US-Vernichtungskrieg in Vietnam, zu den Notstandsgesetzen und dazu, daß die gepriesene Pressefreiheit in Wahrheit die Freiheit von vermögenden 200 Personen war, mittels ihrer Geldmacht die veröffentlichte Meinung zu dominieren und zu manipulieren, daß also die bundesrepublikanische Wirklichkeit der (Presse-)Freiheit sich als dasjenige entpuppte, wogegen der von Kant als unabdingbar für die Moralisierung der bürgerlichen Gesellschaft gedachte öffentliche Vernunftgebrauch sich richtete. Auch gegenüber dieser zweiten Partei, die den “lebendigen Geist” mit dem Anspruch der Vernunft konfrontierte, erwies die Ordinarienuniversität sich als unfähig und als doppelzünftig.

### *Die Hochschulpolitik des Staates und die der Ordinarien*

Inmitten solcher Bedingungen setzte der Staat Anfang der 70er Jahre eine grundlegende und weitreichende Hochschulreform in Gang, welche eine quantitative und eine qualitative Seite hatte. Zunächst zur quantitativen: Der prozentuale Anteil der Abiturienten bzw. Studenten an einem Jahrgang war, gemessen an den Erfordernissen der technisch

---

<sup>2</sup> Über dem Haupteingang der altherwürdigen Universität Heidelberg war “Dem lebendigen Geist” in Stein eingemeißelt.

avancierten Kapitale, schlicht zu gering. Deswegen setzten die Wissenschaftsministerien die Zahlen der insgesamt zur Verfügung stehenden Studienplätze beträchtlich herauf. In der Folge schossen Universitätsneugründungen wie Pilze aus dem Boden. An Standorten, die man bislang mit 'Universität' nicht in Verbindung brachte, entstanden kleine bis mittelgroße Unis, als Beispiele seien Ulm, Osnabrück, Bamberg genannt. Der Staat hatte sich dafür entschieden, neue Standorte zu präferieren und nicht einfach bloß die Kapazitäten der alten traditionsgestützten Universitäten wie Heidelberg, Freiburg, Göttingen zu erweitern. Damit kam die zweite Seite der Hochschulneuordnung ins Spiel, die der qualitativen Veränderung. Die elitäre Lehrstuhlstruktur mit dem monokratischen Ordinarius an der Spitze einer Pyramide funktionierte allenfalls – das Wie sei an dieser Stelle ausgeblendet – für sehr geringe Studierenden-Zahlen und geringe Zahlen an Unterebenen, eingepaßt in die hierarchisch geschichtete Pyramide. Die Anforderung des Kapitals an eine Spezialisierung der Disziplinen (Beispiel Chemie: sie Disziplin differenziert sich in Technische Chemie, Physikalische Chemie, Biochemie, Physikalische Biochemie usw.) und an die Erschließung von Potentialen für neue Technologien war durch eine Struktur mit einem Alleinherrscher an der Spitze, welcher für 20 und mehr Jahre berufen an seinem Spezialgebiet und an den von ihm gefundenen Methoden, welche zu vormaliger Zeit innovativ gewesen waren, festhielt, nicht erfüllbar. Notwendig wurde eine grundlegende Änderung der Organisationsstruktur der Universitäten. Aber in welche Richtung sollte diese Änderung gehen? Wie sollte die neue Struktur aussehen? Wer sollte deren Implementierung in die Wege leiten?

Die Ordinarienuniversität war konservativ, unflexibel und freiheitlichem Experimentieren abhold. Sie verhüllte ihre hierarchische Machtstruktur mit der Aura des Althergebrachten, Ehrwürdigen und Ehre Erheischenden. Sie fingierte, die lebendige Verkörperung von Wissenschaft und ihrer Tradition zu sein. Von den in die heiligen Hallen gnädig Aufgenommenen forderte sie bedingungslose Unterwerfung. Sie dichtete sich gegen alles ab, was sie kritisieren oder gar in Frage stellen könnte. Einer ihrer Berufungstitel war 'Hochschulautonomie', welche die Ordinarien, ganz materialistisch geerdet die vorhandene Struktur in den Blick nehmend, als Ordinarienautonomie auslegten. Mithin definierten die Ordinarien, wo die Freiheit der Wissenschaft lag und wo sie nicht liegen sollte. Keine Freiheit für die von den Ordinarien als Feinde der Freiheit Identifizierten, und das war – im Bereich der Gesellschaftswissenschaften – alles, was mit Marx in einen Zusammenhang gebracht werden konnte. Politisierte Ordinarien und rechte

Politiker aus SPD und CDU gründeten einen “Bund Freiheit der Wissenschaft”, welcher als Kampfbund auftrat, der die Ordinarienuniversität gegen all das zu schützen unternahm, was die Studentenrevolte zu Tage förderte. Programm und Aktionen dieses Kampfbundes demonstrieren, daß ‘Hochschulautonomie’ oder ‘Freiheit der Wissenschaft’ nicht schon per se oder qua Begriff linke Inhalte garantieren oder Professoren links werden lassen. Vielmehr wurde jene ‘Vernunftgesetzgebung’ dadurch, daß sie aus ihrem Entstehungszusammenhang am Anfang des 19. Jahrhunderts herausgelöst wurde, in ein Abstraktum transformiert, welches auf einmal dazu taugte, die elitäre Ordinarienherrschaft, die Vernunft und Freiheit für alle anderen jenseits der Ordinarien ausschloß, abzusichern. Wenn politisch rechts stehende Professoren in ihrem Kampfe gegen marxistische Umtriebe an den Universitäten sich auf hehre Wissenschaftsideale wie die Freiheit der Wissenschaft beriefen, so war das keine Fehldeutung von Freiheit, sondern Offenlegung, daß, was inzwischen zu solcherart überzeitlichen Abstrakta geronnen war, die ideologisch passende Hülle abgab zu kaschieren, was im Herrschaftsbereich eines Lehrstuhls passierte (z.B. daß insbesondere in den Geisteswissenschaften ehemalige NSDAP-Mitglieder ungebrochen das Sagen hatten). – Die Ordinarienuniversität überhöhte ihre hierarchische Herrschaftsstruktur mit Humboldt inklusive der Berufung auf Fichtes “Gelehrtenrepublik” (nur die gelehrten Ordinarien sollten ja zu dieser ‘Republik’ gehören, von ihr ausgeschlossen waren alle in der Pyramide unterhalb der Ordinarien Stehenden); überhöhte den Ausschluß von Marxisten und Kritischer Theorie mit einer wohlverstandenen Freiheit der Wissenschaft; überhöhten ihre Parteinahme für den Nationalismus, für Wilhelm II. (die Berliner Humboldt-Uni-Professoren stimmten begeistert dem deutschen Kriegseintritt zu, der gebildete Landser hatte Hölderlin im Tornister), für Hitler (als die Nazis Nicht-Arier und Kommunismus-Verdächtige aus den Universitäten entfernten, sahen die Ordinarien die “Gelehrtenrepublik” nicht in Gefahr) mit Hochschulautonomie, dem in Einsamkeit und Freiheit die Zwecke der Wissenschaft bestimmenden Gelehrten.

### *Hochschulpolitik der linken Studenten: Hochschule in der Demokratie*

Gegen die elitäre Herrschaftsstruktur der Ordinarienuniversität bildete sich ab Anfang der 60er Jahre politischer Widerstand. Dieser stand im Zusammenhang mit der beginnenden Studenten-Revolution gegen den Vietnam-Krieg und gegen die insgesamt als

muffig, reaktionär und “undemokratisch” erscheinende staatliche Herrschaft in der Nachkriegs-BRD und wurde maßgeblich durch die Flugblätter, Arbeitskreise und Versammlungen des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) geprägt. Handlungsleitend für diesen Kampf gegen die Ordinarienuniversität wurden die folgenden, später als Parolen fungierenden Leitsätze: Demokratisierung der Universität; gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaft (richtete sich gegen die vermeintlich zweckfrei um sich selbst kreisenden Ordinarien in deren jeweiligen Elfenbeintürmen); Orientierung der Wissenschaft an gesellschaftlichen Bedürfnissen (wie immer auch die bestimmt waren); Öffentlichkeit der Diskussionen, in denen über universitäre Dinge entschieden wurde; Transparenz der Entscheidungen des Rektorats samt Angabe von deren Gründen; Teilhabe aller in der Universität Arbeitenden an der Universität; gleichberechtigte Mitwirkung aller Mitglieder der Universität in den Entscheidungsgremien; keine Diskriminierung; Verwirklichung des Rechts auf Bildung für alle. Diese die Grundfesten ordinarieller Herrschaft erschütternden Losungen lassen sich unter: “Hochschule in der *Demokratie*” zusammenfassen. Genau dies war der Titel der 1961 erschienenen und später legendären Hochschuldenkschrift des SDS. Der Koordinator und Hauptautor, Wolfgang Nitsch, wurde 1974 Gründungsprofessor an der Universität Oldenburg. Liest man nach über einem halben Jahrhundert nochmals diese Hochschuldenkschrift, so verblüfft den Heutigen, daß die Forderung nach Demokratisierung der Uni von als sozialistisch sich verstehenden Studierenden kam. Der SDS wurde 1961 aus der SPD ausgeschlossen, in den Jahren danach zunehmend als staatsfeindlich stigmatisiert, bis dahin, daß Hans-Jürgen Krahl wegen der Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration gegen die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels (1968) an den Präsidenten des Senegal, L.S. Senghor, zu 1 Jahr und 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, Rudi Dutschke 1968 niedergeschossen wurde, der Heidelberger SDS 1970 verboten wurde. Allerdings *konnte*, wenn man ex post den Zustand der Ordinarienuniversität sich vergegenwärtigt, der Anstoß zur Demokratisierung *nur von außen* kommen, von den Ordinarien nicht und von den durch die hermetische, hierarchische Struktur eines Lehrstuhls Entmündigten auch nicht. Gleichwohl bleibt festzuhalten, daß es schon eine Merkwürdigkeit ist: Jene aus den demokratischen Parteien Ausgeschlossenen und mehr und mehr Verfemten kämpften für “Hochschule in der Demokratie”, der *SDS* hatte ein, ja *das* demokratische Reformprogramm für die deutschen Universitäten verfaßt. Warum hieß die Denkschrift so wie sie hieß? Die Nachkriegs-BRD

(Adenauer, Wiederbewaffnung, Verhaftung der Spiegel-Redakteure) erschien undemokratisch, die abstoßenden Repressionsmaßnahmen des Staates wurden als durch einen *Mangel* an Demokratie verursacht erklärt. Mithin galt es, demokratische Regeln wiederzubeleben oder überhaupt erst einzuführen. In der Universität sollte damit begonnen werden. Im Ziel, sagte man dazu ‘ideale Demokratie’ oder sagte man ‘Sozialismus’, verschwamm der Unterschied. Sozialistisch an der Hochschuldenkschrift war nicht sowohl der formulierte Text – wenn man seinen Inhalt einfach für sich beurteilt –, als vielmehr die Situierung dieses Inhalts als ein Moment einer außerhalb der parlamentarischen Demokratie gestellten Opposition. Die Ordinarienuniversität, konfrontiert mit genuin demokratischen Forderungen wie Öffentlichkeit der Diskussionen, in denen die universitären Dinge entschieden werden, wie das Rederecht für *alle* in der Universität Mitarbeitenden, erbrachte den Nachweis, daß sie selbst nichts weniger als demokratisch war. Hierdurch verbannte sie das von den Studenten angestrebte Ziel einer demokratischen Hochschule in ein sozialistisches Jenseits der bundesrepublikanischen Demokratie. Damit stellte – genau genommen – die *Ordinarienuniversität* durch ihre erwiesene Unfähigkeit und auch Unwilligkeit zur Demokratisierung eine Verknüpfung her zwischen dem Ziel einer demokratischen Hochschule und dem Ziel des Sozialismus, und zwar sowohl in den Köpfen der Ordinarien (dort mit einem Minus-Zeichen versehen; dasjenige, was nicht anzustreben war) als auch in denen der rebellierenden Studenten (mit Plus-Zeichen). Ein Beispiel: Senatssitzungen waren nicht öffentlich, für Studierende gab es kein Rederecht. Als SDS-Studenten in solche Senatssitzungen hineingingen und zu reden begannen, wurde das als ‘Sprengung’, als eine auf Sozialismus abzielende Gewaltaktion gebrandmarkt. Im Gründungsaufruf des “Bund Freiheit der Wissenschaft” von 1970 wurde den studentischen Forderungen nach Demokratisierung der Uni unterstellt, sie seien bloßes Mittel, die gesamte Gesellschaft in Richtung Sozialismus umzuwälzen. “Die unbegrenzte Mitbestimmung der Studenten ist das Brecheisen, mit dem die deutsche Universität als die schwächste Institution dieser Gesellschaft aus den Angeln gehoben werden kann. Das Unbehagen der Öffentlichkeit und der staatlichen Instanzen angesichts des langsamen Fortschritts der ‘Reformen’ und ihre Hilflosigkeit gegenüber dem Tabu-Begriff der Demokratisierung bildeten und bilden den Rauchsleier, hinter dem sich dieser Vorgang verbirgt.”<sup>3</sup> Und in den Köpfen der rebellierenden Studierenden: Als die Professoren sich trauten, ein Tabu anzutasten, nämlich indem sie die Demokratisierung (von Universität und

---

<sup>3</sup> *Bund Freiheit der Wissenschaft*: Gründungsaufruf von 1970. (<http://bund-freiheit-der-wissenschaft.de/>)

bundesrepublikanischer Gesellschaft) grundsätzlich kritisierten, weil eine solche Demokratisierung eine die Gesellschaft destabilisierende Tiefenwirkung habe (es sei denn, diese Demokratisierung verbleibe innerhalb enger (z.B. durch die Regeln des Lehrstuhls gezogener) Grenzen, und als die Professoren die doch sehr zaghaften Versuche der Studierenden, zu einer Mitbestimmung an ihrer Universität zu kommen, sofort als umsturzverdächtig angriffen, entstand bei den so Angegriffenen die Vorstellung, man müsse nur radikale Demokratisierung fordern (und an den Universitäten schon mal mit dem Demokratisieren der Institution beginnen), dann treibe dies per se in den Sozialismus. Radikale Demokratisierung sei selbst schon die nötig gewordene fundamentale Systemänderung.

Zwischenfazit: Wenn, etwas zugespitzt, formuliert wird, die Universität Oldenburg sei “im Kampfe geboren” – und nicht wenige der Gründungsaktivisten dachten damals so, dann trifft das insofern zu, als es tatsächlich einen gesellschaftlichen Kampf gab, nämlich den Kampf dreier Parteien (des Staats, der Ordinarienuniversität und der opponierenden Studenten) um eine Neuordnung der Universität von Grund auf. Bei diesem Kampf war aber auch ein Moment des Krampfes<sup>4</sup> dabei, welches darin begründet lag, daß die im Ziel einander widersprechenden Parteien zunächst keinen gemeinsamen Nenner hatten, gleichwohl in dem dann irgendwie gemeinsamen Vorhaben der Universitätsreform aufeinander angewiesen zu sein schienen und ihre Differenzen dann auszubuchstabieren hatten.

#### *Das Aufbauprojekt: ‘linke Reformuniversität’!*

In Oldenburg kam es 1974 zur Gründung einer *linken* Universität. Angesichts des Zustandes der traditionellen Universitäten war der Staat gut beraten, viele Universitätsneugründungen zu initiieren. Und obendrein: Von den circa zwanzig neuen Universitäten erlaubte der Staat bei zweien, nämlich denen in Bremen und in Oldenburg, daß sie als explizit *linke* Reformuniversitäten sich erfanden und entwickelten und dies öffentlich auch bekundeten. Die nach Oldenburg Berufenen sahen in dem Reformuni-Projekt einen Erfolg *ihres* Kampfes in der Studentenbewegung, begünstigt durch ‘Zufälle’ in der Ministerialbürokratie. (Peter von Oertzen, der zum linken Flügel der SPD gehörte

---

<sup>4</sup> Am 31. Oktober 2014 fand in der Universität eine Veranstaltung mit dem Titel “Universität im K(r)ampf geboren – Blick zurück auf linke Hochschulpolitik”. Das im Titel benutzte Wortspiel zielt darauf, daß in jenen Gründungszeiten Kampf von Krampf wohl nicht getrennt war.



und sich dem Demokratischen Sozialismus verpflichtet wußte, war zur Gründungszeit der verantwortliche Kultusminister in Niedersachsen. Von den von ihm berufenen Professoren erhoffte er sich Unterstützung für *sein* Vorhaben, seine SPD 'nach links' zu ziehen.) Doch ex post betrachtet entpuppte sich die Entscheidung, in Deutschland zwei linke Universitäten zuzulassen, als ein Coup des Staates, und zwar als einer der besonderen Art, ein Coup hinter dem Rücken der ihren Kampferfolg feiernden Neu-Professoren und – tragisch durchaus – sicherlich auch hinter dem Rücken eines Peter von Oertzen. Was aber bedeutete dies, nämlich daß der Staat in Wahrheit ein *linkes* Reformprojekt *lizensierte*, für die innere Struktur dieser beiden Universitäten und für die Durchführung ihres Aufbauprogramms?

Wissenschaftler, der maßgebliche Teil von ihnen bewegt durch die 68er Revolte, kamen aus den Zentren der Bewegung (wie Berlin, Frankfurt, Heidelberg) ins beschaulich-provinzielle (und politisch ziemlich reaktionäre) Oldenburg, bekamen an der neuen Uni Stellen, die sie in den Traditionsuniversitäten nie bekommen hätten, waren, wenn überhaupt, gerade eben habilitiert und standen deutlich außerhalb des disziplinären mainstreams. – Nicht unerwähnt sollte bleiben, daß der Staat im folgenden nun nicht sich blind stellte und sein lizenziertes linkes Reformprojekt nach dem Start unbeaufsichtigt sich entwickeln ließ. Nein! Die ganz rechtsförmig erlassenen Regeln der Brandt-Regierung, welche gegen nachweislich *zu* linke Leute Berufsverbote möglich machten, kamen in Oldenburg zu einer das Projekt schützenden Anwendung. Die vom Ruf der linken Reformuniversität Angezogenen und begeistert nach Oldenburg Drängenden wurden nämlich einem staatlichen Screening unterworfen, das der Staat eben in Sorge um das Gedeihen des linken Reformprojekts für jeden Neu-Oldenburger vorgeschaltet hatte: Wer taugte zum konstruktiven linken Uni-Aufbauen und wer nicht? – Aufschlußreich dafür, daß und wie die anonyme, unsichtbare und gleichwohl mächtige Funktion – der Staat schützt sein linkes Reformprojekt – sich hinter dem Rücken der Agierenden durchsetzte, ist, daß der Linksozialist Peter von Oertzen im Amte des Kultusministers etwas tat, was seinen subjektiven politischen Überzeugungen flagrant widersprach: Er stimmte dem Radikalen-Erlaß, den SPD und CDU gemeinsam ins Werk setzten, zu und war regierungsgeschäftig an der Durchführung von Berufsverboten gegen Kommunisten und Sozialisten beteiligt. Für das Subjekt Peter von Oertzen und zugleich für obige These der hinter dem Rücken sich durchsetzenden Staatsfunktion spricht, daß er später, nicht mehr im Amt, sein Mitmachen bei dem Gesinnungsüberprüfen und Aussortieren von 'zu Linken' als seinen

größten politischen Fehler bezeichnete und sich öffentlich für die Rehabilitierung der damals (eben auch von ihm) Aussortierten einsetzte. Seine politische Seele rettete er, indem er mit 81 Jahren nach 59 Jahren Parteimitgliedschaft aus der SPD austrat. – Dies der (ungewöhnliche) Verlauf der Rettung eines intelligiblen Charakters, hochanständig angesichts des weitaus häufiger vorkommenden inversen Prozesses, nämlich des Ruins desselbigen, und zwar gerade auch bei denjenigen, die zur fraglichen Zeit (1974) politisch gar nicht weit entfernt von Peter von Oertzen standen. –

Diejenigen linken Wissenschaftler, die jenes Screening auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung in ihrem Herzen ohne Beanstandung überstanden hatten, begannen, eine Universität aufzubauen, nicht so, wie sie es von ihrer Herkunftsuniversität kannten, sondern anders, besser. Die Prinzipien dafür entstammten der Revolte, niedergelegt in deren ‘Bibel’: “Hochschule in der Demokratie”. Und darum genau ging es auch, um Hochschule *in der Demokratie*. Für den damals neu und eben auch fremd in eine Provinzstadt fernab der gewohnten ‘Metropolen’ Einziehenden und dann in den doch seltsam (verglichen mit den bisherigen akademischen Erfahrungen) anmutenden Gründungsprozeß einer linken Reformuni Eintretenden war diese universitas litterarum in statu nascendi strange; strange zunächst aus einem simplen Grunde: Es fehlten einfach die traditionellen Ordinarien. Nicht daß man darüber nun unglücklich war, aber es dünkte eine fremde, ja wundersame Sache zu sein, daß die mit Universität so verwachsenen und diese zugleich dominierenden Figuren schlicht *nicht da* waren und Universität *trotzdem da* war. Die Hochschullehrer (niemand, wiewohl nach C4 bezahlt, wollte mehr ‘Ordinarius’ oder ‘Lehrstuhlinhaber’ heißen, alle wollten gleichermaßen ‘Lehrende’, eben ‘Hochschullehrer’ sein) waren sehr jung, grundsätzlich und a priori duzte jeder jeden, auch wenn er ihn nicht kannte. Das ‘Sie’ war schon mal abgeschafft, die Kleidung vereinheitlicht zu einem Revolte-look. Der Universitätsraum wurde ausgefüllt, ja dominiert durch linke Gruppierungen, wobei das vorgefundene Spektrum gegenüber der Herkunftsuni zuweilen erheblich verschoben war – in meinem Fall: ich mußte erst lernen, was MSB Spartakus ist und sagt, eine Gruppierung, die in Oldenburg sehr stark, die dort, woher ich kam, nämlich aus Frankfurt und Heidelberg, jedoch kaum präsent war. Allenthalben fanden politische Diskussionen statt. Die Bereitschaft, auf aktuelle Vorkommnisse spontan zu reagieren, führte dazu, daß in Sitzungen über die Studienordnungen auch mal Lenins Imperialismustheorie oder der “Sieg im Volkskrieg” Gegenstand wurde. Gerade in dieser linken Vielfalt und den politisierten und politisierenden Gremiensitzungen schloß man sich

zusammen zu: *Wir* machen *unsere* Universität neu, eben unsere linke *Reformuniversität!* Aus der Perspektive des Staates war es das von ihm lizenzierte Universitätsreformprojekt, aus der Perspektive der linken Gründer der erste Schritt auf dem langen Marsch durch die Institutionen<sup>5</sup>. Gleichgültig, aus welcher Perspektive man darauf sah – in jedem Falle gelang Erstaunliches: Die miteinander debattierenden (häufig über Gegenstände, die in den Herkunftsuniversitäten nur in studentischen Zirkeln diskutiert werden konnten) und auch streitenden Universitätsneugründer bildeten gerade dadurch eine hohe Identifikation mit der Institution aus – und inter- und transdisziplinär war das Ganze ohnehin, da die so engagierten Debatten über die grundsätzlichen politischen Fragen (von den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise bis zum Widerstand gegen imperialistische Kriege) über das frustrierende Klein-Klein von Studienordnungen und über die exorbitant erhöhte Arbeitsbelastung angesichts einer sowieso schon unterfinanzierten, aber verglichen mit einer traditionellen Universität nochmals um eine Dimension schlechter gestellten Reformuniversität hinweghalfen.

Insofern hatte, ex post betrachtet, jene erst im Fortgang als Coup sich herausstellende Entscheidung des Staates für eine linke Uni schon zwei greifbare Erfolge:

A. Einmal war jener Verknüpfung zwischen dem Ziel einer demokratischen Hochschule und dem Ziel des Sozialismus sowie der Projektion der beiden so miteinander vereinigten Ziele in ein sozialistisches Jenseits der bundesrepublikanischen Demokratie der Boden entzogen, da diejenigen, die die Hochschule demokratisieren wollten und vormals nicht konnten, dies eben jetzt konnten<sup>6</sup> (oder es versuchten). Die Entzauberung und Entkräftung jenes transzendenten Ziels ließ in ihren Köpfen die Idee des Sozialismus als in zunehmenden Maße entleert zurück. Solcherart ideelle Depravation löste – den Ruin des intelligiblen Charakters bewirkend – im weiteren Karriereverlauf lebensgeschichtliche Krisen aus, s. dazu unten das Saulus-Paulus-Syndrom.

B. Und zum anderen wurde ein Universitätsgemeinschaftsgefühl erzeugt, das in der weiteren Geschichte noch Früchte tragen sollte und (das linke) Oldenburg gegenüber anderen Universitäten auszeichnete. – Die Erzeugung eines Universitätsgemein-

---

<sup>5</sup> Und wenn es, so dachte man, auf dem und durch den Marsch gelingen sollte, diese Institution (wenn auch schrittweise! – in der ‘Realität angekommen’, wurde man ja ‘realistisch’) zu demokratisieren, dann habe damit die angestrebte grundlegende Systemänderung schon begonnen. Daß allerdings eine Systemänderung ohne Abschaffung des in der Produktion gründenden Klassenverhältnisses nicht funktionieren kann, blendete man, irgendwie blind geworden durch die Überbelastung resp. Überforderung im Alltag der Reformuni, aus.

<sup>6</sup> In der Reformuni-Enklave verfolgte der Staat mit seiner Gewalt auf einmal nicht mehr diejenigen, die “Hochschule in der Demokratie” forderten, vielmehr machte er einige wenige (prominente) Oppositionelle sogar zu Professoren.

schaftsgefühls ist eine sehr spezielle Herausforderung für ein Uni-Präsidium (in den US-Universitäten gelingt es u.a. durch die Förderung von Uni-Sportmannschaften). Aus der Perspektive der einzelnen Professoren und Institute ist die Universität ein Haifischbecken. Das interne Gegeneinander wird durch die seit knapp 20 Jahren eingeführten neuen Mechanismen der indikatorengestützten Mittelverteilung noch verschärft; dies mit der schnell und schlagwortartig dahergesagten These, die Uni sei neoliberal organisiert, zu beschreiben (oder gar zu 'erklären'), ist irrig. Die an den Universitäten bis vor 20 Jahren praktizierte Kameralistik wurde durch eine lediglich die Terminologie der BWL verwendende 'kaufmännische Buchführung' abgelöst. Doch da die Grundlage dafür, die Mehrwertproduktion, fehlt, mußte ein Steuerungstypus der ganz besonderen Art implantiert werden, eben die indikatorengestützte Mittelverteilung, welche durchaus Anklänge an die ökonomischen Steuerungsmechanismen der DDR (mit Kennziffern und anderen Hebeln) aufweist: Es handelt sich um eine Art "simulierter Warenproduktion"<sup>7</sup>. Diese neuartigen, eine verquere Konkurrenz befeuernden und in Teilen erst erzeugenden Mechanismen (die eine signifikante Steuerungswirkung haben, also mitnichten neoliberal sind, was – by the way – die DDR am wenigsten war) stellen eine strukturell eingebaute Gegenkraft gegen die Zusammenarbeit derjenigen dar, da die möglicherweise Zusammenarbeitenden zugleich um den einen, immer zu kleinen Globalhaushaltstopf konkurrieren (müssen). Wo bleibt dabei dann noch die gemeinsame Sache 'Universität'? Für viele Forschungsgegenstände erbrächte eine Kooperation, welche nicht auf das einzelne geldwerte Plus der Kooperierenden hochrechnet, Vorteile. Hieraus erwächst dem Präsidium, das die Universität als universitas voranbringen will und muß, eine im Widerspruch zu den finanziellen Steuerungsmechanismen liegende Aufgabe. So beklagte das Oldenburger Präsidium, selbst keineswegs links und auch nicht sentimental die Vergangenheit verklärend, daß das alte Oldenburger Universitätsgemeinschaftsgefühl so allmählich dahinschwände. Doch dieses Dahinschwinden ist kein Wunder. Jenes dem Ganzen einer Universität verpflichtete Gefühl war jenem (linken) Gründergeist geschuldet, welcher von der Universitätsgeschichte 'überholt' worden ist, wozu die in dieser Hinsicht an demselben Strang ziehenden Präsidien maßgeblich beitrugen.

---

<sup>7</sup> vgl. *Ruschig, Ulrich* (2007): Simulierte Warenproduktion - ein akademischer Tanz ums goldene Kalb. In: *Das Argument* 272 Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, 49. Jahrgang, Heft 4, 509 - 524.

Zwischenfazit zur Phase des Aufbaus einer linken Reformuniversität: Andere Wissenschaftler, jenseits des wissenschaftlichen mainstreams und nicht zugelassen zu der elitären In-Group-Sphäre der herrschaftlichen Ordinarien, sollten mal zeigen, ob und wie sie Universität hinbekommen, anders eben, nicht so exklusiv und vor allem besser – jedenfalls sollte in Sachen Modernisierung der Universitätsstruktur und deren Anpassung an die neuen Erfordernisse des Kapitalstandorts etwas herauspringen – und auch in Sachen Aufgreifen von Wissenschafts-Themen, welche von den Ordinarien übersehen, vernachlässigt oder ausgegrenzt waren. Und was dabei – keineswegs geplant, doch hochwillkommen – noch herausrang: Bei den engagierten Universitätsgründern selbst wurde – peu a peu, unmerklich zunächst und zuweilen, so schien es, hinter dem Rücken der Subjekte – jener sozialistische Impuls kleingearbeitet. – Der Staat erlaubte ein linkes Projekt und dabei wurde das Linke am Projekt erodiert: so funktioniert Integration!

*Was im Einzelnen grenzte die linke Reformuniversität Oldenburg gegen die traditionsgebundenen Universitäten ab?*

Zuallererst war es das Offen-Sein für Impulse aus der Gesellschaft, besonders aus aktuellen gesellschaftlichen Konflikten. Als Universität offen zu sein und nicht sich abzuschließen, dies war, was damals unter dem emphatisch aufgeladenen, gleichwohl nicht weiter spezifizierten Begriff ‘gesellschaftliche Verantwortung’ verstanden wurde. Beides, Offen-Sein und ‘gesellschaftliche Verantwortung’, sprachen die rebellierenden Studenten den im Elfenbeinturm herrschaftlich-wohnlich und exklusiv sich Einrichtenden ab. Die linken Studenten des SDS buchstabierten, was ‘gesellschaftliche Verantwortung’ heißt: Die Reflexion auf die gesellschaftliche Bedeutung der Universität selbst, und zwar nicht abstrakt, sondern im vorfindlichen Kapitalismus, in der Funktion, die die wissenschaftlichen Resultate und die Ausbildung einer Elite für das Herrschaftssystem haben. Was jene sozialistischen Studenten von den Ordinarien vergeblich forderten, sollte in der Reformuni eingelöst werden. Hinzu kam die Hereinnahme von Themen aus sozialen Bewegungen, aus der Anti-AKW-Bewegung, der Ökologie-Bewegung, der Friedensbewegung, der Frauenbewegung. Schneller als andere Universitäten verstanden die Oldenburger, was universitär daraus gemacht werden konnte. Innerhalb der Naturwissenschaften waren Wissenschaftler nach Oldenburg geholt worden, welche an angewandten, insbesondere an ökologischen Fragen arbeiteten oder arbeiten wollten, dies

aber an ihrer Herkunftsuni nicht konnten. Der Praxis-Bezug galt den als antikapitalistische Rebellen<sup>8</sup> sich Verstehenden geradezu als Dogma: Hauptsache Praxis und interdisziplinär, unangesehen dessen, daß doch ohne Zweifel die herrschende Praxis durch die kapitalistische Zwecksetzung bestimmt, ja durchdrungen war. Wenn nur Universitätsleute aus einer linken Reformuni, so die Vorstellung, Praxis anfassen, dann würde dieselbige schon gut werden; die von den ‘Theoretikern’ des Elfenbeinturmes Abgestoßenenen und in eine mit sozialistischen Hoffnungen unklar verschmolzene ‘Praxis’ Hineindrängenden verstanden sich selbst als Initiatoren emanzipativer Praxis. Beispiele:

A. Das Projekt ‘Haarenniederung’. Die in unmittelbarer Nähe der Universität fließende Haaren stellte sich als hochbelastet mit Schadstoffen heraus. Chemiker und Biologen, motiviert durch einen politischen Impuls, nahmen Messungen vor: Wie kann ein ernstzunehmender Umwelt- und Landschaftsschutz für einen Lebensraum aussehen, welcher oberflächlich gesehen ländlich zu sein schien, der aber in Wahrheit dem Schadstoffeintrag einer industrialisierten Landwirtschaft ausgesetzt war?

B. Studierende führten Lärmmessungen an einer vielbefahrenen Umgehungsstraße in Oldenburg durch, um die vom mainstream und der veröffentlichten Meinung immer heruntergespielten gesundheitlichen Schädigungen durch Lärm aufzudecken und dadurch die an solchen Straßen wohnenden Menschen bei ihren Forderungen nach Schutz vor dem doch massiv schädigenden Lärm zu unterstützen. Dieser politische Impuls des Anfangs wurde zum Motor eines Universitätsprojekts, das dann in ein von der DFG gefördertes Graduiertenkolleg *Psychoakustik* mündete. Über weitere Entwicklungsschritte gelangte es zur höchsten akademischen Weihe eines Exzellenzclusters (*Hearing4all*, Hören für *alle!* – an *jedem* Ort, zu *jeder* Zeit). Ex post betrachtet: Der aus einer oppositionellen, für die Leidtragenden des herrschenden ‘Fortschritts’ Partei ergreifenden politischen Bewegung stammende Impuls fand sich zur Unkenntlichkeit transformiert in dem Lob der engen Kooperation mit Firmen wieder, die an der Technologie für Hörgeräte, Cochlea-Implantate u.a. viel Geld verdienen. Dieser Transformationsprozeß war von den daran Beteiligten auch genauso

---

<sup>8</sup> Der Begriff ‘Praxis’ war für diese Rebellen aufgeladen mit etwas, was der Begriff selbst so abstrakt betrachtet gar nicht hergibt (darin analog zu ‘gesellschaftlicher Verantwortung’). Ein Unbehagen an demjenigen, was bloß ‘Theorie’ bleibt, wo doch dasjenige, was der Kapitalismus täglich anrichtet, ein Verweilen – und die zur Theorie notwendige ‘Muße’ – mit dem Verdacht belegt, die Dringlichkeit der Systemänderung nicht zu sehen. Zudem das Wissen darüber, daß diejenigen, die die ‘reine Theorie’ für sich reklamierten, in der bisherigen Geschichte entweder verdeckt oder offen Parteigänger der Herrschaft waren. Allerdings, diese emphatische Praxis-Verklärung übersah, daß die Beschwörung der 11. Feuerbach-These dasjenige, worum es in selbiger ging, gerade stillstellt, wenn das, was 1845 wahr war, als ewige Wahrheit verklärt wird.

gewollt; die Gründungsprofessoren hatten den Staffelnstab an von ihnen Ausgewählte weitergereicht. Eine Reflexion des Verlustes oder gar eines Bruchs drang nicht nach außen.

C. Die Anti-AKW-Bewegung (“Wehrt euch, leistet Widerstand / gegen das Atomkraftwerk im Land / Schließt euch fest zusammen ...”<sup>9</sup>) motivierte Physiker zu überprüfen, ob die damals von SPD bis CDU bis Siemens und RWE vertretene These, für die Energieversorgung der BRD seien Kernkraftwerke unverzichtbar, überhaupt stimme. Ein Physiker, von Hause aus Atomphysiker, überprüfte – erst einmal theoretisch – diese These und kam zu dem Schluß, daß die in der These enthaltene Aussage, die Nutzung regenerativer Energiequellen sei physikalisch-technisch nicht möglich, nicht haltbar war. An einem ordinariats beherrschten physikalischen Institut einer traditionsverhafteten Uni (Göttingen) war die Einlösung einer solchen theoretischen Überlegung unmöglich. Jener Physiker wurde nach Oldenburg berufen, wechselte dort komplett sein Arbeitsgebiet (was in den experimentellen Naturwissenschaften erstens nicht einfach und zweitens – unter normalen Umständen – karriereverteilend ist) und initiierte mit Gleichgesinnten Forschungen zu den regenerativen Energiequellen (Wind, Sonne). Die ehemaligen Göttinger Kollegen belächelten solcherart Wende in einer akademischen Karriere und schauten von hoher Warte darauf herunter: das sei doch keine ‘richtige Physik’, sei ‘zu angewandt’, es seien doch bloß Ingenieursfragen, womit ein ‘richtiger Physiker’ sich nicht beschäftige. Von heute aus gesehen konnte die Uni Oldenburg sich einen Vorteil verschaffen: Sie hatte ein neues, wie sich dann erst herausstellte, zukunftsträchtiges – auch im akademischen Sinne – Gebiet besetzt und damit – so geht das im Wissenschaftsbetrieb – einen durchaus Drittmittel-trächtigen Vorsprung erlangt.

Das zuletzt Gesagte gilt für alle drei aufgeführten Beispiele. Ein politischer Impuls war wesentlich für das In-Gang-Setzen eines gegenüber dem Herkömmlichen Neuartigen. Zudem bedurfte es dessen, was für das naturwissenschaftliche Forschen notwendig ist, nämlich einer Einrichtung, die Labore, Gerätschaften, Logistik und Arbeitskräfte zur Verfügung stellte, also z.B. einer Universität, allerdings einer jenseits der traditionellen Ordinariatsstruktur. Was daraus entstand, sind im Wissenschaftsbetrieb konkurrenzfähige, erfolgreiche (weil in der Konkurrenz um Drittmittel sich behauptende) Institute. Der

---

<sup>9</sup> Ohrwurm-Song, auf die Melodie des Kanons “He, ho, spann den Wagen an” in nicht enden wollenden Wiederholungen gesungen.

sozialistische ‘Überschuß’ aus allen drei impulsgebenden politischen Bewegungen verschwand oder wurde ‘eingearbeitet’. Wer erkennt denn heute im ICBM noch die ökologisch bewegten Studierenden, die ohne großen Aufwand mit einfachsten chemischen Mitteln die Nitrat-Konzentration in der Haaren maßen? Geht es den durch die kapitalistische Arbeitswelt Hörgeschädigten besser, wenn sie für technisch weiterentwickelte Hörgeräte auch noch viel bezahlen müssen? Wer erkennt in der aktuellen gender-Forschung, wo der Impuls einer Anja Meulenbelt geblieben ist: “Die Befreiung der Frauen kann nur durch die Abschaffung des Kapitalismus gelingen!”? – So ist der erfolgreiche Entwicklungsprozeß dieser Universität Oldenburg verschränkt mit Integration und Repression der für sie impulsgebenden politischen Motive. Treffend urteilte darüber der langjährige Kanzler der Universität, Jürgen Lüthje (SPD-Mitglied): “Vom Projekt einer Universität zur Universität mit Profil”. Ähnlich, freilich etwas blumiger, der ehemalige Leiter der Stabsstelle “Presse und Kommunikation”: Die 70er Jahre seien die “Flegeljahre der Universität” gewesen; “rüde” und rüpelhaft, legt man den heutigen Universitätsstandard als Maßstab an, seien die damaligen Auseinandersetzungen gewesen. Dieserart schauen die an dieser Universität heute Mächtigen zurück: Der ‘erwachsen’ sich definierenden Institution wird ihre Geschichte zu einer Art Pubertätsphase, Flegelleien – so sagt der ‘gesunde’ Menschenverstand – seien da ein notwendiges Übel. Und damit hat die Umdeutung damaliger politischer Positionen schon begonnen. Wer erinnert sich denn nicht gerne – in der Art der “Feuerzangenbowle” – an vergangene Rüpeleien. Die Stilisierung dieser Vergangenheit – und so kann und will die Uni Oldenburg sie feiern! – ist die janusköpfige Hälfte dazu, daß die gegenwärtige Universitätsleitung mit strikten und ungewöhnlichen (verglichen mit traditionsgestützten Universitäten) Repressionsmaßnahmen gegen diejenigen vorgeht, die die Positionen von 68 einstnehmen. Es ist eine psychologische Binsenweisheit, daß Verdrängung ein Übermaß an Aggressivität gegen das Verdrängte hervorruft. Die herrschende ‘Aufarbeitung der Vergangenheit’ ist freilich nur eine Facette des Integrationsprozesses linker Hochschulpolitik. Integration bedeutet Umwandlung, Transformation. Besonders gelungen ist die Integration dann, wenn die Integrierten selbst ihre Integration als Prozeß ihrer selbsttätig bewerkstelligten Reifung begreifen und ihre damals eingenommenen sozialistischen Positionen als vermeintliche Pubertätsphase (bei sich und anderen) denunzieren.



## *Was ist von der linken Hochschulpolitik geblieben?*

Auf diese Frage gibt es zwei einander widersprechende Antworten:

A. Sehr viel. Die Uni Oldenburg war “offen für neue Wege”. Dadurch hat sie Profil gewonnen. Dieses Profil ist Resultat eines Reifungsprozesses. Allerdings, ohne Pubertät gibt es keine Reifung. So hat die Universität gerade mit einem interdisziplinären, an gesellschaftlichen Problemen und der ‘Praxis’ orientierten und gesellschaftliche Verantwortung bekundenden Programm ihren Platz in der Hochschullandschaft eingenommen. Das ist doch eine Erfolgsgeschichte! – So lautet die offizielle, d.h. die von den jetzt Mächtigen im Präsidium forcierte Lesart.

B. Sehr wenig. Im Grunde ist aus dieser Uni Oldenburg etwas ganz Grausliges geworden. Man nehme nur den feierlich vor sich hergetragenen Bezug auf Carl von Ossietzky. Der Sache nach hat man alles, was an diesen freiheitlich-oppositionellen, sowohl SPD wie KPD kritisierenden Republikaner erinnert und heute fruchtbar machen will, aus der Universität hinausgedrängt, indem man Ossietzky erst zum Denkmal stilisierte<sup>10</sup> und dann das Denkmal zum Label medial verwurstete. Für alle diejenigen, die Ossietzkys Schriften kennen, ist der Anspruch dieser Universität auf den Namen Carl von Ossietzky nur noch zynisch. Nichts von dem, was die Protagonisten der Gründung erhofften, was sie gerade auch mit dem Anknüpfen an Ossietzkys Schreiben und Tun intendierten, wurde eingelöst. Schon früh (Ende der 70er Jahre) sprachen sie von einer *Reformruine*. Was allein geblieben sei: die Möglichkeit, Inseln und Nischen innerhalb dieser Ruine zu finden, um diese, auch wenn deren Räume immer weiter verengt werden, doch noch auszufüllen und zu besiedeln.

Kommentar zu Antwort A:

Nimmt man diese Antwort als Beschreibung von Vorfindlichem, dann stimmt es doch: Offen für neue Wege! Eine 40jährige Erfolgsgeschichte! Und zwar ‘Erfolg’ in doppelter Hinsicht: Einmal die Transformation von aus oppositionell-politischen ‘Basis’-Bewegungen stammenden kritischen Impulsen (‘Praxis’, Ökologie, Wind + alternative Energien) in Drittmittel-trächtige Universitätsprojekte; zum anderen, nicht minder ins Gewicht fallend, die Integration kritischer Subjekte; dafür nur ein in die Augen

---

<sup>10</sup> Zur Verdenkmalisierung Ossietzkys eine Betrachtung des Kampfes um die Namensgebung in: *Ruschig, Ulrich* (2008): Was also bleibt? – Zur Gegenwart einer linken Vergangenheit oder Drei Jahrzehnte wissenschaftlicher Arbeit an der Carl von Ossietzky Universität. Unveröffentlicht. <http://www.uni-oldenburg.de/philosophie/ehemalige/ulrich-ruschig/dokumente/>

springendes Beispiel: Ist es nicht schön und ein die Dynamik der Integration demonstrierender Fall, wenn ein Professor, der 1975, im damaligen doch sehr speziellen Oldenburger mainstream mitschwimmend, mit Marx-Arbeitskreisen angefangen hatte, vermittels dieser linken Reformuniversität sich wandelte und schließlich bei der politischen Rechten landete? Saulus-Paulus-Wandlungen sind (nach innen wie nach außen) wertvoll und können zuweilen gar religionsstiftend wirken. Da waren mit großem Aplomb Leute ausgezogen, um den langen Marsch durch die Institutionen zu wagen. Doch schon auf der ersten Etappe, ausgestattet und versorgt mit einer Beamtenstelle, endete das Vorhaben kläglich. Insofern war der Coup mit der linken Reformuniversität – und erst im nachhinein stellte es sich heraus, daß es ein Coup war; ansonsten, wenn er von Strippenziehern in den Ministerien inszeniert worden wäre, hätte er gar nicht funktioniert – geschickt placiert.

Das Saulus-Paulus-Syndrom, wovon das gerade erwähnte Beispiel nur ein besonders frappanter, nichtsdestotrotz des Nachdenkens werter Fall ist, wurde in dieser Universität geradezu endemisch, was Zufall nicht sein konnte. An die Uni Oldenburg waren in jener Gründungsphase vorwiegend in Opposition zur Ordinarienuniversität stehende Wissenschaftler berufen worden. Politisch standen sie links, halblinks oder verkleideten sich so. Wer dem Zeitgeist (weniger hegelsch formuliert: der Mode) der Epoche folgte und demgemäß seine Aufsätze mit “Gebrauchswert-Tauschwert-Wert” drapierte, dem standen zumindest in den Geisteswissenschaften die akademischen Türen offen. Kaum im Professorenamt gab es für das Mit-dem-Strom-Schwimmen freilich ein Problem: Jener Integrationsprozeß begann zu wirken – und funktionierte! Hegelsch formuliert: Der Weltgeist hatte Personen nach oben, ins Professorenamt, gespült. Doch schon zuvor hatten sie über ihre Verhältnisse gelebt. Als die Woge des sie tragenden Weltgeistes nun nicht mehr anstieg, vielmehr merklich abfiel, war das Selbstbild dieser Personen einer Belastungsprobe ausgesetzt – wer nicht als flexibel sich erwies, erlitt einen Knacks. Entweder sie fielen in sich zusammen oder sie bekamen die Kurve, d.h. sie sprangen auf neu aufkommende akademische Moden auf. Das Wellenreiten selbst wurde nun zum Zweck, nachdem und weil jener vormals hoch besetzte Zweck für das wissenschaftliche Arbeiten (die Idee des Sozialismus) verloren gegangen war. Gleichgültigkeit gegen die besonderen Inhalte des wissenschaftlichen Arbeitens machte sich breit. Die als Rebellen und Kritiker des Wissenschaftsbetriebs nach Oldenburg Gekommenen verhielten sich auf einmal angepaßt wie alle anderen im Wissenschaftsbetrieb auch. Allein die Anerkennung durch den Betrieb zählte, wie die bloße Anzahl an Publikationen, die eingeworbene

Geldsumme an Drittmitteln, dieses ‘Wer kennt wen?’, ‘Wer schreibt für wen Gutachten?’. Genau dies hatten die vormaligen Rebellen vormals kritisiert, für welche Kritik sie Professorenstellen bekommen hatten. Subjektiv schlug sich dieser ‘innere’ Widerspruch im Saulus-Paulus-Syndrom<sup>11</sup> nieder.

Betrachtet man die Pathogenese dieses Saulus-Paulus-Syndroms speziell an der (vormals linken) Reformuni Oldenburg, dann lag eine Ursache in der seit der Studentenrevolte erfolgten Verschmelzung der Ziele der Demokratisierung der Hochschule und des Sozialismus. Die allermeisten waren, weil sie die Universität überhaupt mit Ordinarienuniversität in eins setzten, davon ausgegangen, daß angesichts der Unmöglichkeit, “Hochschule in der Demokratie” innerhalb der Ordinarienuni zu realisieren, man auf das Jenseits der parlamentarischen Demokratie, den Sozialismus, verwiesen war, wollte man eine demokratische Universität haben. Deswegen war in den Köpfen die Forderung nach (wirklicher) Demokratie fast identisch mit der nach Sozialismus. Als nun die linken Wissenschaftler verantwortliche Machtpositionen innerhalb der Reformuni besetzt hatten und angingen, innerhalb der neuen Strukturen eine “demokratische Hochschule” zu verwirklichen – abgespeckt durchaus und in kleinen Schritten, war jene Verschmelzung entmischt. Das Ziel der “demokratischen Hochschule” war aus dem Jenseits zur parlamentarischen Demokratie geholt und in das Diesseits eines hochschulreformerischen Prozesses der stückweisen Annäherung inmitten real entgegenstehender Bedingungen eingebunden. Was aber geschah nach der Entmischung mit jener im Jenseits verbliebenen Idee des Sozialismus, welche Idee doch emotional ergreifend, bestimmend und handlungsleitend für die Subjekte gewesen war? Sie wurde für diese Subjekte gänzlich ortlos, weil sie ihre Verankerung, ja ihr Ineinander-Sein mit jenem diffusen Demokratie-Ideal verlor. Ortlos geworden zerfiel sie sodann allmählich; der Zusammenbruch der Sowjetunion – genauer: die von diesen Subjekten ausgedachte Interpretation desselbigen – besorgte den Rest. Dieser Zerfall der Idee des Sozialismus war ein in seinen Auswirkungen bislang unterschätzter gesellschaftlicher Prozeß der Demoralisierung oder Entmoralisierung (in einem wörtlichen Sinn verstanden). Er ist eine Ursache für den Ruin des intelligiblen Charakters dieser einzelnen Wissenschaftler,

---

<sup>11</sup> Daß dieses Syndrom bei Hochschullehrern der Reformunis signifikant häufiger als bei denjenigen der Traditionsunis auftritt, ist augenfällig. Daß zum Paulus Gewandelte durch ihre Wandlung die neue Wellenreiter-Identität nachhaltig verinnerlicht haben, äußert sich darin, daß sie erbittert das bekämpfen, was sie selbst vor dieser Wandlung vertraten oder zu vertreten wähten.

welcher Ruin seine wahrnehmbare Ausprägung in dem schon erwähnten Saulus-Paulus-Syndrom erfuhr.

Historisch gesehen ist dieses kein neues Phänomen. Denn generell gilt: Die Universität in der bürgerlichen Gesellschaft ist ein ziemlich irrer Ort, genauer: sie ist der Ort, an dem intelligible Charaktere ruiniert werden; nicht zuletzt dafür wurde sie eingerichtet. Das ist aus gutem Grunde so, denn die bürgerliche Gesellschaft wird durch einen fundamentalen Widerspruch zerrissen und die die Elite dieser Gesellschaft auswählende und ausbildende Universität spiegelt genau das wider. Diese ihre Funktion erfüllt die Universität gerade dadurch, daß sie sich auf die universellen Ideen von Freiheit und Vernunft verpflichtet weiß. Damit fällt etwas strukturell Gemeinsames auf, betrachtet man drei durchaus verschieden eingefärbte, für die Konstitution einer Universität in der bürgerlichen Gesellschaft nichtsdestoweniger charakteristische Phasen ihrer Geschichte: A. Die Berliner Humboldt-Professoren feiern 1914 den Kriegseintritt Deutschlands. B. Die dem “lebendigen Geist” verpflichteten Ordinarien nehmen nach 1933 ohne den mindesten Protest hin, daß die Nazis einen relevanten Teil ihrer Professoren-Kollegen als nicht-arisch oder kommunistisch stigmatisieren und aus der “Gelehrtenrepublik” entfernen.<sup>12</sup> C. Rebellen des Universitätssystems bauen nach 1974 eine linke Reformuniversität auf. Ihre Leitidee ‘Sozialismus’ wird einem Integrationsprozeß ausgesetzt. Das Gemeinsame der drei Phasen: Es gibt eine Idee (Humboldt, Sozialismus). Als sie historisch aufkam, war sie groß gedacht. Aber durch die Funktionsbestimmung einer Universität in der bürgerlichen Gesellschaft verliert sie ihre Verankerung und wird abstrakt. Genau dies wirkt zerstörerisch, für die Gesellschaft wie für die Subjekte. Die Subjekte verstehen nicht, daß sie mit diesen Ideen jeweils über ihre Verhältnisse leben. Sie entwickeln Mechanismen der Abwehr und Aggressionen.

Im Kontext des Saulus-Paulus-Komplexes ist zu verorten, daß die Linke Liste<sup>13</sup> maßgeblich die Präsidenten dieser Universität bestimmte, eine Art Königsmacherin war.

---

<sup>12</sup> Aufschlußreich für das Selbst- und Universitätsverständnis des auf Humboldt und die Freiheit der Wissenschaft bauenden deutschen Professors ist, wie die von den Nazis unbehelligten, an der Uni weiterhin in Heraklit bis Nietzsche sich vertiefenden Ordinarien auf die Entfernung ihrer Kollegen aus der Universität reagierten: Auf den Sachverhalt sich stützend, daß diese Kollegen von den Nazis in dem ersten, die Entfernungsprozedur korrekt abwickelnden Schritt lediglich beurlaubt worden waren, äußerten die “dem lebendigen Geist” Verpflichteten ihren Kollegen gegenüber: ‘So arg ist das doch gar nicht, Sie müssen keine Lehre (die doch aufwendig, vom Eigentlichen abhaltend ist) mehr machen, haben doch jetzt Zeit für die Wissenschaft, im Grunde ein Forschungsfreisemester!’ In dieser Weise passen zusammen: Affirmation der Ordinarienuniversität, Affirmation jeglicher Maßnahmen des Staates, Freiheit der Wissenschaft selbst für die Entlassenen.

<sup>13</sup> Ein Zusammenschluß linker Hochschullehrer und Wissenschaftlichen Mitarbeiter; einflußreiche hochschulpolitische Gruppierung.

War zuweilen aufwendig.<sup>14</sup> Und was kam dabei heraus? Die Uni Oldenburg war bei den ersten, die einen Globalhaushalt und die indikatorengestützte Mittelverteilung einführten; die Uni Oldenburg setzte am geschwindesten Bologna um; es gab eine exorbitante Ausweitung des Wissenschaftsmanagements (Stabsstellen).

Kommentar zu Antwort B:

Stimmt doch auch. Gemessen an den Hoffnungen und Wünschen, welche an jene linke Hochschulpolitik geknüpft waren und diese motivierten, ist das Projekt, eine grundlegend andere Universität aufzubauen, gescheitert. Freilich ist eine reformierte Universität dabei herausgekommen. Ist sie aber besser? Wie sehen die heutigen Studienbedingungen, verglichen mit denen vor 40 Jahren, aus? Wie sehen die heutigen Arbeitsbedingungen für die Professoren aus? Wie erst sehen die Arbeitsbedingungen für die Wissenschaftlichen Mitarbeiter, vorwiegend prekär beschäftigt und einer neuen, verglichen mit der Ordinarienuniversität nicht minder repressiven Herrschaft der Professoren unterworfen, aus? Welche massiv eingreifende Wirkungen hat die Ausweitung des Wissenschaftsmanagements, hat der Globalhaushalt? In relativ kurzer Zeit ist eine doch traditionsverhaftete Universität reformiert worden. Linke Hochschulpolitik war 'dabei'. Ein Resultat: Die Studierenden sind in einem bislang ungekannten Ausmaß entpolitisiert worden. Selbst die Staatsseite warnt vor den gefährlichen Folgen dieser Entpolitisierung.

Zwischen den einander widersprechenden Antworten A und B gibt es keine Synthese.

*Was also bleibt?*

Die Entwicklung der "Reformuniversität" zum heutigen Zustand ist ein aufgeschlagenes Buch, sedimentierte Praxis einer linken, verändernden wissenschaftlichen Arbeit. Was bleibt den Heutigen? - Das Lesen in diesem Buch, das ja gesellschaftliche Wirklichkeit ist, mit der "Kraft und Arbeit des Verstandes", einer wundersamen Macht. Heutiger Geist gewinnt seine Wahrheit nur, indem er in der Zerrissenheit dieser vergangenen Universitätsgeschichte *sich selbst* findet. "Diese Macht ist er nicht, als das Positive,

---

<sup>14</sup> Im Gefolge der Wahl der bislang letzten Präsidentin der Universität (Ende 2009) lief nochmals im Zeitraffer die Geschichte (und Dialektik) linker Hochschulpolitik ab: Zur Wahl wiederbelebte ein "Statusgruppen-übergreifendes Bündnis" (Studierende, Wissenschaftliche Mitarbeiter, MTV-Mitarbeiter, Teile der Professoren) alte Oldenburger Demokratisierungsvorstellungen; Reformpolitik im Sinne von "Hochschule in der Demokratie" sollte vielleicht doch noch eine späte Chance bekommen. Mit diesem Programm gewannen die 'Linken' prompt die Wahl. Ins Amt gewählt gelang der Präsidentin ein die Universität voranbringendes Reformprojekt, die European Medical School. Zugleich zerschlug sie jenes "Statusgruppen-übergreifendes Bündnis" und ging rigoros gegen diejenigen vor, die sie gewählt hatten.

welches von dem Negativen wegsieht”<sup>15</sup> – ist er also nicht, wenn er die Geschichte dieser Universität darauf trimmt, das heutige “Profil” hervorgebracht zu haben, und so affirmiert, wie toll und frühzeitig die Uni Oldenburg auf den Umweltzug aufsprang. Wer wissen will, was heute wissenschaftliche Arbeit an einer Universität sein soll, muß den jene Zerrissenheit erzeugenden Widersprüchen ins Angesicht schauen und bei ihnen verweilen. Dieses Verweilen ist die Zauberkraft, die diese Widersprüche in lebendigen Geist verwandelt.

---

<sup>15</sup> Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, 1980: Phänomenologie des Geistes. Hrsg. v. Bonsiepen, Wolfgang u. Haede, Reinhard, Hamburg, S. 27; im folgenden paraphrasiert.